

Landesmitgliederversammlung der DKP-Saarland 10.12. 16 Sulzbach

Beschluss:

Altersarmut bedroht immer mehr Menschen

Rentensinkflug stoppen!

Seit Jahrzehnten wurden Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung für die Versicherten verschlechtert. Das Ergebnis ist ein sinkendes Rentenniveau. Wurde schon zuvor die Brutto- auf Nettorentenzahlung umgestellt, wurde mit dem sogenannten „Rentenreformgesetz“ vom 1.1.1992 die Anhebung der Altersgrenzen von 60 auf 65 Jahre festgelegt und die Verringerung der Rentenzahlungen von 53 % im Jahre 2000 auf 47,5 % in 2016 und 43 % im Jahre 2030 - um nur die gravierendsten Verschlechterungen zu nennen.

Ursache der meist steigenden Rentenbeiträge bei gleichzeitiger Verringerung der Leistungen ist die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen durch verschiedene Bundesregierungen. Diese aus der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) gezahlten Leistungen müssen im gesamtgesellschaftlichen Interesse, vor allem aus Steuermitteln finanziert werden und nicht die Rentenkasse belasten. Zur wesentlichen Leistungsver schlechterung für die Beitragszahler, hat der unter der Schröder/Fischer-Regierung von Arbeitsminister Riester vollzogene Kurswechsel, vom Ziel der Lebensstandardsicherung zu Beitragsstabilität (für die „Arbeitgeber“) beigetragen. Die dadurch verursachten geringeren Einnahmen führen zu Leistungsminderungen und höherem Renteneintrittsalter. Das Ergebnis ist eine zunehmende Altersarmut.

Im Vorfeld der Landtags- und Bundestagswahlen möchten insbesondere führende SPD-Politiker im öffentlichen Bewusstsein verdrängen, dass unter ihrem Kanzler bzw. Ministern (Schröder, Riester und Schmidt) und unter ihrer Beteiligung in der CDU/CSU/SPD-Regierung, Rentenkürzungen und die Aufhebung der Beitragsparität beschlossen wurden. Das Ergebnis dieser Rentenpolitik entlastet den Haushalt der Bundesregierung und die „Arbeitgeber“. Die DKP fordert eine Korrektur dieser verfehlten Rentenpolitik. Die Gewerkschaften sind jetzt weiter am Zuge, dieses Thema in die öffentliche Diskussion zu bringen.

DKP für Kurswechsel in der Rentenpolitik

Wir fordern wie die Gewerkschaften einen Strategiewechsel. Das Rentenalter muss wieder auf 65 Jahre ohne Lohn- oder Gehaltsabschläge gesenkt werden. Notwendig ist der Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung durch eine Erwerbstätigenversicherung ohne Beitragsmessungsgrenze, in die alle einzahlen müssen. Beispiele dafür oder Modelle, die einer Erwerbstätigenversicherung nahekommen sind Luxemburg, die Schweiz oder Österreich. Der Beitragssatz in Österreich beträgt zurzeit 22,8 %, wovon die Versicherten 10,25 % zahlen, (Bundesrepublik 18,7 % plus 4 % Riester = 22,7 %. Davon 13,35 % vom Versicherten). Indes liegt die Durchschnittsrente in Deutschland bei derzeit 1.050 Euro und in Österreich 1.560 Euro. Hinzu kommen in Österreich eine 13. und 14. Rentenzahlung p.a. je Rentner. Der Beweis, dass bei einer Erwerbstätigenversicherung die Versicherten geringere Beiträge, dafür aber deutlich höhere Leistungen erhalten.

Gegen die Rentenlüge

Regierung, Industriellenverbände und „Qualitätsmedien“ behaupten ständig:

- »Wir werden immer älter. Da müssen wir auch länger arbeiten.«
Richtig ist: Ein höheres Renteneintrittsalter bedeutet Rentenkürzungen.
- »Verbesserung bei der gesetzlichen Rente gehen zu Lasten der jungen Generation.«
Richtig ist: Die größte Belastung für die junge Generation ist die beschlossene Absenkung des Rentenniveaus.
- »Private Altersvorsorge schützt vor Altersarmut.«
Richtig ist: Von privater Altersvorsorge profitieren vor allem die Banken und Versicherungen. Und: gerade untertariflich und Teilzeit Beschäftigte brauchen das Geld zum Leben, eine zusätzliche private Vorsorge ist gar nicht möglich.

Wenn ausscheidende EU-Kommissare noch drei Jahre lang zwischen 40 und 60 Prozent ihres Grundgehaltes (zwischen 20.000 und 25.000 Euro im Monat) weiter beziehen und Übergangsgelder von jährlich 125.000 Euro für die Dauer von drei Jahren kassieren, selbst wenn sie schon einen neuen Job gefunden haben, wenn Manager großer Firmen das Hundertfache eines gut bezahlten Facharbeiters verdienen, während immer mehr Menschen der Abgang in die Altersarmut zugemutet wird, dann ist etwas faul an diesem System.

Eine soziale und gerechte Rentenversicherung ist nur möglich, wenn ein radikaler politischer Wechsel vollzogen wird. Dazu ist auch die Durchsetzung einer anderen Finanz- und Steuerpolitik unbedingt notwendig. Die DKP hat dazu ihre Positionen bestimmt. Jetzt geht es darum, dafür Druck aus dem außerparlamentarischen Bereich zu entwickeln und alle Kräfte in dieser Frage